

Beschluss des Landesausschusses der CDU Hamburg am 18.06.2019

Kündigung des Vertrags der Stadt Hamburg mit Ditib und dem Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg (SCHURA)

Begründung:

Die zunehmende – auch religiöse – Pluralität unserer Gesellschaft erfordert besondere Anstrengungen, das gesellschaftliche Zusammenleben in Vielfalt friedlich und auf den Grundwerten unserer Verfassung zu gestalten. Gerade die Gründungsleistung der Union, den Jahrhunderte währenden politischen Gegensatz der beiden christlichen Konfessionen aufzulösen, befähigt uns in besonderer Weise, das friedliche Miteinander zwischen Menschen unterschiedlicher Religionen in Deutschland erfolgreich zu gestalten.

Vor diesem Hintergrund hat der alleinregierende CDU-Senat Anfang 2007 Gespräche mit den islamischen Religionsgemeinschaften aufgenommen, um analog zu den Staatskirchenverträgen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Gestaltung dieses friedlichen Zusammenlebens in religiösen Bezügen abzuschließen. Schon damals wurde von der CDU Hamburg deutlich gemacht, dass es dabei nicht um ein Vertretungs-Mandat dieser Religionsgesellschaften für alle Muslime geht.

Als erstes deutsches Bundesland hat Hamburg sodann im Jahr 2012 unter dem SPD-geführten Senat beschlossen, eine solche Vereinbarung mit den drei islamischen Verbänden sowie der Alevitischen Gemeinde abzuschließen. Partner dieser Vereinbarung sind neben dem Ditib-Landesverband Hamburg (Ditib-Nord) der Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg (SCHURA), zu welchem auch das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) gehört, sowie der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ). Der Vertrag sieht unter anderem vor, dass bestimmte islamische Feiertage kirchliche Feiertage im Sinne des Hamburger Feiertagsgesetzes sind, was es Muslimen zum Beispiel erlaubt, an diesen Tagen frei zu nehmen. Des Weiteren sieht der Vertrag vor, dass die islamischen Gemeinschaften den Religionsunterricht in Hamburg mitgestalten dürfen (Artikel 6), dass bei künftigen Verhandlungen über Änderungen der rundfunk- und medienrechtlichen Staatsverträge den islamischen Religionsgemeinschaften angemessene Sendezeiten für religiöse Sendungen gewährt werden und dass die islamischen

Religionsgemeinschaften in den Aufsichtsgremien des Rundfunks (insbesondere NDR-Rundfunkrat und ZDF-Fernsehrat) angemessen vertreten sein sollen (Artikel 8).

Die Vertragsparteien betonen in Artikel 1 ihre Achtung und Toleranz gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen und bekennen sich zur vollständigen Geltung und Achtung der staatlichen Gesetze. In Artikel 2 des Vertrags bekräftigen die Parteien die gemeinsamen Wertegrundlagen der grundgesetzlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die Gleichberechtigung der Geschlechter und die vollständige und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Mädchen am gesellschaftlichen, politischen sowie am schulischen und beruflichen Leben. Der Vertrag mit den islamischen Gemeinschaften läuft insgesamt zehn Jahre. Nach fünf Jahren soll über mögliche Änderungen verhandelt werden.

Im Vorwege des Beschlusses der Hamburgischen Bürgerschaft 2012 hatte sich der Landesausschuss der CDU Hamburg mehrheitlich für einen Vertrag mit der Alevitischen Gemeinde und gegen einen Vertragsschluss mit den islamischen Verbänden ausgesprochen. Grund hierfür war in erster Linie die zwischenzeitliche Re-Islamisierung der türkischstämmigen Muslime, die analog zur Entwicklung in der Türkei unter Präsident Erdogan mit einem zunehmenden religiösen Fundamentalismus und Nationalismus in Deutschland einherging. Ein weiterer Kritikpunkt der CDU Hamburg war das von vielen empfundene Missverhältnis von Rechten und Pflichten in der Vereinbarung, die keinerlei Sanktionen und Kündigungsoptionen im Fall von Vertragsverletzungen vorsah.

Leider haben sich diese damaligen Befürchtungen der CDU Hamburg in weiten Teilen bewahrheitet. Die Integration von muslimischen Bürgern in Deutschland ist nach einhelliger Auffassung der Experten auf Bundesebene heute schlechter als vor zehn Jahren. Das strukturelle Problem ist insbesondere, dass ausländische Regierungen unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit weitgehend ungehindert Einfluss nehmen können auf Deutsche muslimischen Glaubens und muslimische Bürger. Mit der Verbreitung von Nationalismus, Hetze gegen Christen, Juden und Atheisten wird die Desintegration dieser Menschen befördert.

Insbesondere DITIB und Teile der SCHURA haben in der Vergangenheit vielfach erkennen lassen, dass sie die in dem Vertrag hervorgehobenen Werte einer freiheitlichen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft nicht achten und weder sie noch ihre Mitglieder und Anhänger gewillt sind, sich an die Grundsätze und den Geist des Vertrags zu halten.

Ditib:

Ditib (Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) unterhält über 900 Moscheen und ist somit die größte islamische Organisation in Deutschland. (Quelle: Politik muss Religion bestimmen: Warum Hamburgs Islam-Strategie scheitern musste, in:

https://www.focus.de/politik/experten/osthold/islam-in-deutschland-das-verhaeltnis-des-politik-zu-den-islam-verbaenden-ein-erfolgreicher-fehlschlag_id_8328617.html, abgerufen am 21. Oktober 2018). Ditib untersteht der Leitung, Kontrolle und Aufsicht der Diyanet, des staatlichen Präsidiums für religiöse Angelegenheiten der Türkei, welches dem türkischen Ministerpräsidentenamt angegliedert ist. Diyanet forderte im Januar 2018, das heiratsfähige Alter von Mädchen auf neun Jahre abzusenken (Quelle: Politik muss Religion bestimmen: Warum Hamburgs Islam-Strategie scheitern musste, in: https://www.focus.de/politik/experten/osthold/islam-in-deutschland-das-verhaeltnis-des-politik-zu-den-islam-verbaenden-ein-erfolgreicher-fehlschlag_id_8328617.html, abgerufen am 21. Oktober 2018).

2015 stellte die Ditib-Gemeinde Melsungen eine ausführliche Sammlung von Sprüchen über Juden aus dem Koran und den Hadithen auf Türkisch ins Netz, in dem Juden als Diebe, Lügner, Vertragsbrecher, Prophetenmörder sowie überheblich und geizig charakterisiert werden.

Im April 2016 berichtete der Stern über einen Comic für Kinder der türkischen Religionsbehörde Diyanet, in dem der Märtyrertod verherrlicht wird. In der Bildergeschichte mit der Botschaft „*Möge Gott unsere Märtyrer segnen, mögen ihre Gräber mit heiligem Licht erfüllt werden*“, die sich an Kinder richtet, schildert ein Vater seinem Sohn, wie ehrenvoll es sei, für seine Überzeugungen zu sterben. Der Vater sagt: „*Wie schön, ein Märtyrer zu sein!*“ Daraufhin fragt ihn sein Sohn: „*Willst Du ein Märtyrer sein?*“ und erhält als Antwort: „*Natürlich will ich ein Märtyrer sein. Wer will nicht in den Himmel?*“ An anderer Stelle heißt es: „*Märtyrer sind im Himmel so glücklich, dass sie zehnmal Märtyrer sein wollen.*“ Oder: „*Ich wünschte, ich könnte auch ein Märtyrer sein.*“ An anderer Stelle sagt ein Mädchen: „*Ich wünschte, ich könnte Märtyrer sein.*“ Darauf antwortet die Mutter: „*Wenn Du es Dir genug ersehnt, dann wird Allah Dir die Gelegenheit geben.*“ (Quelle: Türkische Behörde animiert Kinder zum Märtyrertod. Stern.de, 1. April 2016, <https://www.stern.de/politik/ausland/tuerkei--religionshueter-animieren-kinder-per-comic-zum-maetyrertod-6772240.html>, abgerufen am 21. Oktober 2018).

Darüber hinaus leugnet Ditib den Völkermord an den Armeniern und rief im Vorfeld der Bundestagsabstimmung vom 2. Juni 2016 zur Völkermord-Resolution zusammen mit anderen türkischen Verbänden und Organisationen zu Protesten auf (Quelle: *Protest gegen Bundestags-Resolution. Türkische Organisationen wollen verhindern, dass der Bundestag eine Resolution zum Völkermord an den Armeniern verabschiedet. In: Die Tageszeitung (taz), 25. Mai 2016, <http://www.taz.de/!5307743/>, abgerufen am 21. Oktober 2018*). Zudem erhalten Ditib-Imame eine Sonderausbildung zum Zwecke der Leugnung des Genozids an den Armeniern (Quelle: Ralph Giordano: „Auschwitz-Lüge“ auf Türkisch. In: Focus, 26. September 2007,

https://www.focus.de/politik/cicero-exklusiv/tid-7505/cicero-exklusiv_aid_133895.html, abgerufen am 21. Oktober 2018).

Die von Ditib getragene Muradiye-Camii-Moschee in Wilhelmsburg veröffentlichte Anfang 2017 auf ihrer Facebook-Seite folgendes Statement: „*Demokratie ist für uns nicht bindend ... Uns bindet Allahs Buch, der Koran*“. Weiter heißt es dort: „*Ich spucke auf das Gesicht der Türken und Kurden, die nicht islamisch leben. Was für einen Wert haben sie schon, wenn sie keine Muslime sind.*“ Des Weiteren machen Ditib-Verbände sowie Vertreter immer wieder Stimmung gegen christliche Feiertage sowie gegen von ihnen als „westlich“ erachtete Feste. So wird auf Facebook-Seiten von Ditib-Gemeinden jedes Jahr erneut vor der Teilnahme an Weihnachtsfeiern und Silvesterfeierlichkeiten gewarnt. In sozialen Netzwerken sind zahlreiche Zeichnungen mit dem Slogan „*Nein zu Silvester und Weihnachtsfeiern*“ zu finden, die von Ditib-Organisationen verbreitet wurden. Darauf zu sehen ist ein augenscheinlich muslimischer Mann, der einen Weihnachtsmann mit der Faust schlägt. Derartige Abbildungen kursieren bereits seit dem Jahr 2013 im Internet (Quelle: Focus Online (2017). Die CDU in Hamburg wirft Ditib aggressive Stimmungsmache vor, in: https://www.focus.de/politik/deutschland/gegen-silvester-und-weihnachten-cdu-in-hamburg-wirft-ditib-aggressive-stimmungsmache-vor_id_6460026.html, abgerufen am 21. Oktober 2018).

Im April 2018 wurde bekannt, dass in verschiedenen Ditib-Moscheen in Deutschland Kinder im Vorschulalter in Soldatenuniformen und mit türkischen Fahnen Kriegsszenen nachspielen mussten. Auch in Österreich hat das dortige Ditib-Pendant "ATIB" derartige Kinder-Kriegsspiele veranstaltet (Quelle: Björn Vahle, Jobst Lüdeking: Kinder in Soldatenuniform: Neue Aufnahmen aus weiteren Ditib-Moscheen, in: Regionale Politik, 18. April 2018 (nw.de), abgerufen am 21. Oktober 2018). Bei den Veranstaltungen marschieren kleine Kinder in Uniformen durch die Moschee. Dann spielen sie, dass sie von Kugeln getroffen zu Boden sinken. Ein Jugendlicher breitet dann die Fahne der Türkei als Leichentuch darüber. Kleine Mädchen singen: „*Die Kugel, die dich getroffen hat, spüre ich in meinem Leib... Mein Märtyrer, schlaf ruhig!*“ (Quelle: Kleine Märtyrer, 28.04.2018, in: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ditib-kommentar-kleine-maertyrer-spielen-krieg-in-moscheen-15563873.html>, abgerufen am 21. Oktober 2018). Als Grund für diese Veranstaltungen wurde das Gedenken an die Schlacht von Gallipoli genannt (Quelle: Hueseyin Topel: Dieses Video zeigt: Ditib-Moschee in Mönchengladbach lässt kleine Kinder Krieg spielen, 17. April 2018, in: <https://www.buzzfeed.com/de/topel/ditib-moschee-kinder-krieg-propaganda-moenchengladbach>, abgerufen am 21. Oktober 2018).

Auch bei der Einweihung der Kölner Moschee im September 2018 haben die verantwortlichen Funktionsträger der Ditib einmal mehr ihre Auffassung von einem friedlichen Miteinander gezeigt. Wie kann es sonst sein, dass wichtige Akteure, die sich über viele Jahre für den Bau der Moschee stark gemacht haben, bei ihrer Einweihung einfach ausgegrenzt wurden? „*Die Ditib hat damit einmal mehr gezeigt, dass sie lediglich als Erdogans verlängerter Arm in die türkische Diaspora in Deutschland*

hineinwirkt.“ (Quelle: Fiedler, K. Die Moschee ist nun ein Symbol der Abschottung. Focus, 2. Oktober 2018, in: https://www.focus.de/politik/deutschland/kommentar-zu-erdogan-besuch-in-koeln-die-moschee-ist-nun-ein-symbol-der-abschottung_id_9685361.html, abgerufen am 21. Oktober 2018).

Der Vorsitzende der Ditib ist in Personalunion auch türkischer Botschaftsrat für religiöse und soziale Angelegenheiten. Zudem werden die an staatlichen theologischen Hochschulen in der Türkei ausgebildeten Imame der Ditib für mehrere Jahre nach Deutschland geschickt und sind de facto Beamte des türkischen Staates, von dem sie auch bezahlt werden (Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/T%C3%BCrkisch-Islamische_Union_der_Anstalt_f%C3%BCr_Religion#cite_note-2). Seit September 2018 prüft das Bundesamt für Verfassungsschutz eine Einstufung der Ditib-Zentrale als Verdachts- oder Beobachtungsobjekt (Quelle: [Verfassungsschutz prüft Beobachtung von Ditib](#), in: Welt Online. 20. September 2018, abgerufen am 21. Oktober 2018).

Vor diesem Hintergrund muss sich die deutsche Politik fragen, warum sie Ditib in der Vergangenheit lange Zeit finanziell unterstützt hat. Im Jahr 2015 und 2016 hat der Hamburger Landesverband der Ditib € 254.187 vom Bundesministerium für Soziales, Frauen und Jugend erhalten. (Quelle: Politik muss Religion bestimmen: Warum Hamburgs Islam-Strategie scheitern musste, in: https://www.focus.de/politik/experten/osthold/islam-in-deutschland-das-verhaeltnis-des-politik-zu-den-islam-verbaenden-ein-erfolgreicher-fehlschlag_id_8328617.html, abgerufen am 21. Oktober 2018). Auf Bundesebene ist dank dem Engagement der Unionsfraktion inzwischen ein Kurswechsel im Umgang mit Ditib vollzogen worden. Mit dem Bundeshaushalt 2018 sowie dem Folgehaushalt 2019 erhält die Ditib keine staatlich finanzielle Förderung mehr, womit den o.g. kritischen Entwicklungen, die eine Bedrohung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland darstellen, politisch Rechnung getragen wird.

Die Einflussnahme des türkischen Staates auf die Ditib-Landesverbände geht sogar so weit, dass sich im Ditib-Landverband Niedersachsen Ende 2018 der gesamte Vorstand gezwungen sah, zurück zu treten. Der bisherige Vorsitzende, Yilmaz Kilic, hatte nach eigenen Angaben zurücktreten müssen, weil er versucht habe, die Unabhängigkeit von Ditib gegenüber der türkischen Regierung zu wahren (Quelle: Niedersachsens Ditib-Chef Yilmaz Kilic zurückgetreten, in: Hamburger Abendblatt, 26. November 2018, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-11/moscheeverband-niedersachsens-ditib-chef-yilmaz-kilic-zurueckgetreten>, abgerufen am 1. April 2019).

Die nicht hinnehmbare Einflussnahme des türkischen Staates auf Ditib in Deutschland hat überdies in Niedersachsen im Januar 2019 dazu geführt, dass das CDU-geführte Justizministerium die Zusammenarbeit mit dem Moscheeverband in der Gefängnisseelsorge aufgekündigt hat. Justizministerin Barbara Havliza begründete diesen Schritt damit, dass es Ditib nicht gelinge, sich von fremden staatlichen Einflüssen zu lösen und zu einer unabhängigen, in Deutschland verorteten Religionsgemeinschaft zu entwickeln (Quelle: Ditib-Imame dürfen nicht mehr in Gefängnisseelsorge

arbeiten, in: https://www.weser-kurier.de/region/niedersachsen_artikel,-ditibimame-duerfen-nicht-mehr-in-gefaengnisseelsorge-arbeiten-_arid,1802602.html, abgerufen am 4. April 2019).

Auch Ditib-Nord ist von der massiven strukturellen Einflussnahme des türkischen Staates betroffen, trotz der Versuche einiger Vorstandsmitglieder, sich dem zu widersetzen. So ist auch der aktuell amtierende Vorstand qua Satzung der türkischen Religionsbehörde Diyanet unterstellt. Insbesondere sieht die Satzung von Ditib-Nord einen Religiösen Beirat vor, dessen Mitglieder nicht gewählt, sondern vom Religionsrat des Dachverbandes bestimmt werden. Auf diese Weise wird über die Kölner Ditib-Zentrale in theologischer Hinsicht die Abhängigkeit von Diyanet gewährleistet. Auch Ditib-Nord beschäftigt außerdem die von Diyanet aus der Türkei entsandten Imame und wird von der Türkei finanziert. Die enge Verflechtung mit dem türkischen Staat zeigt sich außerdem daran, dass der türkische Religionsattaché ein Büro bei Ditib-Nord unmittelbar neben dem Büro des Vorstandsvorsitzenden hat. Nach aktueller Auskunft der Sicherheitsbehörden gibt es auch in Hamburg problematische Moscheegemeinden von Ditib und es wird über kurz oder lang wie in allen anderen Landesverbänden zu einer vollständigen Gleichschaltung durch den Bundesverband kommen.

Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg (SCHURA) / IZH:

Schura Hamburg (SCHURA – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.) ist ein im Juli 1999 erfolgter Zusammenschluss von 36 Moscheevereinen und weiteren muslimischen Einrichtungen und Bildungsträgern in Hamburg. Bis zur Vorstandswahl am 14. April 2019 war einer der drei Vorstandsvorsitzenden der SCHURA Herr Mustafa Yoldas, der gleichzeitig Funktionär der Glaubensgemeinschaft Millî Görüş ist (Quelle: www.dradio.de/dkultur/sendungen/diereportage/982856/, abgerufen am 21. Oktober 2018). Millî Görüş wird bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtet und im Verfassungsschutzbericht als islamistische Organisation aufgeführt (Quelle: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2017.pdf>, abgerufen am 21. Oktober 2018). Herr Yoldas war außerdem Vorsitzender der Internationalen Humanitären Hilfsorganisation, die inzwischen aufgrund ihrer Tätigkeit als Spendenverein der Hamas verboten wurde (Quelle: <http://presseservice.pressrelations.de/pressemitteilung/bundesinnenminister-dr-de-maiziere-verbietet-hamas-spendenverein-417592.html>, abgerufen am 21. Oktober 2018). Im Zuge des Angriffs türkischer Truppen auf die vor allem von Kurden bewohnte syrische Stadt Afrin postete Herr Yoldas türkisch-nationalistische Äußerungen bei Facebook. Darin lobte er, sich auf türkische Märtyrer berufend, den Angriff der Erdogan-Truppen auf die Stadt Afrin und bezeichnete Gegner des Angriffs als „*sabbernd und bellend*“ (Quelle: www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article213261655/Islamverband-bejubelt-tuerkischen-Militaerangriff-in-Syrien.html, abgerufen am 21. Oktober 2018). Nach diesen Facebook-Posts zur

Militäroffensive der Türkei in Nordsyrien musste Herr Yoldas sein Amt auf Druck der SCHURA zwar ruhen lassen und die SCHURA hat sich in einer Pressemitteilung von Nationalismus, Hass und Gewalt distanziert. Allerdings erwähnt die Pressemitteilung Herrn Yoldas oder seine Aussagen mit keinem Wort (Quelle: <https://schurahamburg.de/schura-hamburg-kein-platz-fuer-nationalismus-hass-und-gewalt/>, abgerufen am 19.11.2018). Auf der Internetseite der SCHURA wurde Herr Yoldas außerdem nach wie vor als Vorsitzender genannt (Quelle: <https://schurahamburg.de/vorstand/>, abgerufen am 5. April 2019). Auch im Vereinsregister (Stand 5. April 2019) war Herr Yoldas weiterhin als Vorsitzender eingetragen.

Ein weiterer Vorstandsvorsitzender der SCHURA bis zur Wahl war Ayatollah Reza Ramezani, ein schiitischer Geistlicher vom umstrittenen Islamischen Zentrum Hamburg. Er gehört dem iranischen Expertenrat an, einem staatlichen Gremium, das Gesetze auf Islamkonformität prüft. Ayatollah Reza Ramezani hat gegenüber der Presse erklärt, Islam und Demokratie seien inkompatibel (Quelle: Staatsvertrag mit Islam-Verbänden. Politik muss Religion bestimmen: Warum Hamburgs Islam-Strategie scheitern musste, https://www.focus.de/politik/experten/osthold/islam-in-deutschland-das-verhaeltnis-des-politik-zu-den-islam-verbaenden-ein-erfolgreicher-fehlschlag_id_8328617.html, abgerufen am 21. Oktober 2018). Ayatollah Reza Ramezani ist zwar mittlerweile in den Iran zurückgekehrt. Sowohl im Vereinsregister (Stand 5. April 2019) als auch auf der Internetseite der SCHURA wurde allerdings auch Herr Reza Ramezani weiterhin als Mitglied des Vorstands der SCHURA genannt (Quelle: <https://schurahamburg.de/vorstand/>, abgerufen am 23. November 2018).

Dritter Vorstandsvorsitzender der SCHURA war Herr Daniel Abdin. Herr Abdin ist ein äußerst gemäßigter Vertreter, der auf Dialog und gegenseitigen Respekt setzt und aktiv für ein friedliches Miteinander der Religionen eintritt. (Quelle: <https://www.mopo.de/hamburg/hamburger-schura-chef--sechs-grosse--neue-moscheen-fuer-hamburg-waeren-schoen--31404340>, abgerufen am 19. November 2018).

Bei der turnusmäßigen Wahl des Vorstands am 14. April 2019 wurden zu Vorstandsvorsitzenden Fatih Yildiz, Mohamed al Hosseini sowie Moez bin Kamaziz gewählt. Herr Yildiz steht der türkischen Regierungspartei AKP nahe und wurde für Herrn Yoldas, gewählt. Herr al Hosseini ist Vertreter des IZH und Herr bin Kamaziz vertritt die arabischen Mitgliedsgemeinden der SCHURA. Herr Abdin, obwohl zur Wahl stehend, wurde nicht wieder zum Vorstandsvorsitzenden gewählt. Damit ist bei der Wahl am 14. April 2019 einer der (sehr) wenigen gemäßigten Vertreter im Vorstand der SCHURA abgewählt worden.

Im Gegensatz zu Ditib ist die SCHURA ein multiislamischer Verband, in dem sowohl schiitische als auch sunnitische Moscheevereine organisiert sind. Die weit überwiegende Zahl der Mitgliedsvereine wie das Islamisch-Albanische Kulturzentrum oder das Islamische Kulturzentrum der Bosniaken in Hamburg und Umgebung ist völlig unauffällig und steht in keiner Form in Konflikt mit unserer

Verfassung. Innerhalb der SCHURA wirkt allerdings auch das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), dessen propagiertes Gesellschaftsverständnis vom Verfassungsschutz als im Widerspruch zu den Prinzipien und Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehend bewertet wird, in führender Position mit, was insbesondere an der Personalie Ayatollah Reza Ramezani abzulesen war. In den vergangenen Jahren nahmen stets Besucher und Vertreter des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) an der jährlichen israelfeindlichen Demonstration des 'Al-Quds-Tages' ('Jerusalem-Tag') in Berlin teil. Laut dem Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz bestehen Anhaltspunkte dafür, dass das IZH die Teilnahme an der Demonstration in Berlin aktiv unterstützt hat. Der „Al-Quds-Tag“ ist Ausdruck der Leugnung des Existenzrechts des Staates Israel.

In einer schriftlichen kleinen Anfrage vom 21. August 2017 hat die Bundesregierung folgende Einschätzung zur politischen und ideologischen Ausrichtung des IZH abgegeben: *„Die inhaltlichen Positionen des IZH ergeben sich aus der Verbindung des IZH zur Islamischen Republik Iran, vor allem durch die vom 'Büro des Revolutionsführers' vorgenommene Entsendung des jeweiligen Leiters des IZH. Die Islamische Republik Iran erklärt in ihrer Verfassung den weltweiten 'Export' der iranischen Revolution zum Staatsziel.“* Weiter heißt es: *„Die Inhalte der Verfassung der Islamischen Republik Iran sind nicht mit den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland vereinbar.“* (Quelle: https://www.focus.de/politik/experten/osthold/islam-in-deutschland-das-verhaeltnis-des-politik-zu-den-islam-verbaenden-ein-erfolgreicher-fehlschlag_id_8328617.html, abgerufen am 19. Oktober 2018).

Neuer Vorsitzender des IZH ist Mohammad Hadi Mofateh. Er gehörte im Iran den berüchtigten Revolutionsgarden an und leitete zudem ein iranisches Propaganda-Radio. Mitglieder, Einheiten und Unternehmen der „Revolutionsgarden“ stehen wegen ihrer Beteiligung am Nuklear- und Raketenprogramm auf den Sanktionslisten der EU. Dennoch konnte Mohammad Hadi Mofateh mit seiner Familie ungehindert nach Deutschland einreisen (Quelle: <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/scharfe-kritik-der-fdp-bundesregierung-ahnungslos-bei-islamismus-57768588.bild.html>, abgerufen am 21. Oktober 2018).

Kernforderung:

Die Strategie des rot-grünen Senats, derartige Verfassungsfeinde als Vertragspartner zu behalten, ist Ausdruck von Hilflosigkeit, Ignoranz und mangelndem Einsatz für ein friedliches Miteinander. Deutschland hat eine klare Haltung zur Gleichberechtigung von Frau und Mann, Homosexuellen und eine enge Solidarität zur jüdischen Kultur und dem Staat Israel. Es wird Zeit, sich klar zu positionieren und insbesondere liberale muslimische Strömungen, die im Einklang mit unseren kulturellen und gesellschaftlichen Werten stehen, zu unterstützen. Wie müssen endlich

genauer hinschauen und liberale muslimische Vereinigungen, wie zum Beispiel das Muslimische Forum Deutschland, den Liberalen Islamischen Bund oder die liberale Moschee in Berlin, die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee und ihre Gründerin und Frauenrechtlerin Seyran Ateş unterstützen. Nur so kann die notwendige Akzeptanz für den Islam in unserer Gesellschaft geschaffen werden und wirkliche Integration gelingen.

In der deutschen Politik wird seit Jahren kontrovers über den Umgang mit den islamischen Verbänden diskutiert. Diese Diskussion wird indes überschattet und dominiert von ideologischen Hardlinern links wie rechts der Mitte: Auf der einen Seite besteht eine große Naivität, die nicht selten mit einer Ignoranz von Fakten im Hinblick auf die Gefährlichkeit eines konservativen Islams für unsere Gesellschaft einhergeht. Auf der anderen Seite findet sich eine oft rassistisch motivierte Ablehnung sämtlicher Ausrichtungen des Islam und seiner Anhänger. Es wird daher Zeit, dass diese Debatte aus der Mitte der Gesellschaft heraus geführt wird.

Undemokratische politische Denkmuster und integrationsfeindliche Denkweisen haben in der deutschen Gesellschaft nichts verloren. Die verfehlte rot-grüne Senatspolitik muss endlich korrigiert werden, denn sie gefährdet nicht nur den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, sondern auch unsere Demokratie. Die FU Hamburg fordert daher einen Kurswechsel im Umgang mit den konservativen und aus dem Ausland gesteuerten Islamverbänden.

Beschluss:

1. Die Zusammenarbeit mit der Alevitischen Gemeinde und dem VIKZ gestaltet sich positiv und konstruktiv. Es liegen keine Hinweise auf Vertragsverletzungen oder Aktivitäten die sich gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung richten, vor. Deshalb stehen die Verträge mit diesen Religionsgemeinschaften für die CDU Hamburg nicht in Frage.
2. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der zwischen der Stadt Hamburg und dem Ditib-Landesverband Hamburg bestehende Vertrag unverzüglich gekündigt wird. Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Vertrags können aufgenommen werden, wenn sich Ditib deutschlandweit der strukturellen Einflussnahme des türkischen Staates dauerhaft entzieht und insbesondere seine satzungsrechtliche, personelle und finanzielle Unabhängigkeit vom türkischen Staat erklärt und vollzieht.
3. Bei den turnusmäßigen Wahlen am 14. April 2019 sind erneut Vertreter eines konservativen politischen Islam an die Spitze der SCHURA gewählt worden. Darüber hinaus bestehen vertragswidrige und verfassungsfeindliche Bestrebungen von Mitgliedern der SCHURA, insbesondere die wiederholte Unterstützung der Al-Quds-Demonstrationen in Berlin durch das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) und andere Moscheegemeinden. Die

Organisation und Teilnahme an den israelfeindlichen und antisemitischen Al-Quds-Demonstrationen stellt eine eindeutige Vertragsverletzung dar. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird daher aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Vertrag auch mit der SCHURA Hamburg unverzüglich gekündigt wird. Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Vertrags können aufgenommen werden, wenn der Vorstand der SCHURA nicht mehr mit Vertretern eines konservativen politischen Islam besetzt ist und derartige Vertragsverletzungen von Mitgliedern der SCHURA wirkungsvoll und nachhaltig unterbunden oder die betreffenden Mitglieder dauerhaft aus der SCHURA ausgeschlossen werden.

4. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird hinsichtlich der Punkte 2. und 3. aufgefordert, die erforderlichen Schritte parlamentarisch zu veranlassen.
5. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Stärkung säkularer und an einer gelingenden Integration interessierter muslimischer Vereine und Kräfte einzusetzen. Dazu zählt neben einer Vertiefung der Zusammenarbeit und finanzieller Unterstützung auch die Einbeziehung bei der Gestaltung des Religionsunterrichtes an staatlichen Bildungseinrichtungen in Hamburg.

Weiterer Beratungsweg:

CDU-Bürgerschaftsfraktion